



- Beschlusskammer 7 -

**Beschluss**

Az.: BK7-18-063-B1

In dem Verwaltungsverfahren

wegen: eines Antrages auf Ausnahme von der Regulierung

hier: Beiladungsantrag der RWE Supply & Trading GmbH

der German LNG Terminal GmbH, Elbehafen, 25541 Brunsbüttel, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung,

Antragstellerin,

und der RWE Supply & Trading GmbH, Altenessener Straße 27, 45141 Essen, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung,

Beiladungspetentin,

hat die Beschlusskammer 7 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

durch ihre Vorsitzende	Barbie Kornelia Haller,
ihre Beisitzerin	Dr. Antje Peters
und ihren Beisitzer	Dr. Werner Schaller

am 19.12.2019 beschlossen:

Die Beiladungspetentin wird beigegeben.

## Gründe

### I.

Das vorliegende Verwaltungsverfahren betrifft die Beiladung der Beiladungspetentin zum Verfahren der Antragstellerin auf befristete Ausnahme von der Regulierung gemäß § 28a EnWG (BK7-18-063).

(1) Die Antragstellerin plant den Bau und Betrieb eines LNG Terminals am Standort Brunsbüttel. Die geplante Ausstattung des LNG Terminals umfasst u.a. eine Durchsatzkapazität von ca. 8 Mrd m<sup>3</sup>/a, eine Speicherkapazität in Höhe von 240.000 m<sup>3</sup>/a sowie die Anbindung an das Gasnetz. Joint Venture Partner der Antragstellerin sind N.V. Nederlandse Gasunie, Oiltanking GmbH und Royal Vopak GmbH. In diesem Verfahren soll über eine befristete Ausnahme von der Regulierung eines am Standort Brunsbüttel geplanten Flüssigerdgasterminals entschieden werden. Mit Schreiben vom 26.07.2018 hat die Antragstellerin eine befristete Freistellung von der Regulierung für das geplante LNG Terminal gemäß § 28a EnWG beantragt. Weitere Antragsunterlagen wurden im Verlauf des Verfahrens übermittelt.

(2) Die Beiladungspetentin ist eine einhundertprozentige Tochter der RWE und bildet die Schnittstelle der RWE-Gruppe zu den weltweiten Großhandelsmärkten für Energie und Rohstoffe. Sie fungiert dabei als zentrale Schnittstelle der RWE-Gruppe zur Bewertung und Optimierung von Brennstoffeinkäufen, Kraftwerkseinsätzen und der Nutzung von Gasspeicher- und Transportrechten. Das Großhandelsgeschäft der Beiladungspetentin umfasst derzeit insbesondere die Produkte Strom, Gas, Kohle, Öl und CO<sub>2</sub>-Zertifikate. Zur Abfrage eines potentiellen Buchungsinteresses der geplanten Terminaldurchsatzkapazitäten in Höhe von 8 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas pro Jahr hat die Antragstellerin von Januar bis April 2018 ein Open Season Verfahren durchgeführt. [REDACTED]

(3) Mit Schreiben vom 08.10.2019 und vom 08.11.2019 hat sich die Beiladungspetentin an die Beschlusskammer gewandt.

Die Beiladungspetentin beantragt,

sie zu dem Verwaltungsverfahren zur Freistellung von der Regulierung gemäß § 28a EnWG auf Antrag der Antragstellerin mit dem Aktenzeichen BK7-18-063 beizuladen.

Die Beiladungspetentin macht im Wesentlichen geltend, im Anschluss an das von der Antragstellerin durchgeführte Open Season Verfahren [REDACTED]

Die Beiladungspetentin erklärt, Grundstückskunde des Terminals zu sein.

Sie ist der Ansicht, durch die verfahrensabschließende Entscheidung erheblich in ihren Interessen berührt zu werden.

Zum einen könne sich die Entscheidung im o.g. Verfahren direkt auf die Wettbewerbsfähigkeit des Terminals auf dem europäischen Markt auswirken. Andererseits stehe der Zugang zum Terminal im o.g. Verfahren zur Entscheidung, was eine direkte, unter Umständen negative, Auswirkung auf die Beiladungspetentin habe.

(4) Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten Bezug genommen.

## II.

Dem Beiladungsantrag der Beiladungspetentin wird stattgegeben. Während die Voraussetzungen einer notwendigen Beiladung nicht vorliegen, wird die Beiladungspetentin jedoch unter Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens der Beschlusskammer nach § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG einfach beigeladen.

(1) Die Beiladungspetentin war nicht notwendig beizuladen.

(a) Gemäß § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG können Personen und Personenvereinigungen auf Antrag zu einem bei der Regulierungsbehörde anhängigen Verfahren beigeladen werden. Unterschieden wird insoweit zwischen notwendiger und einfacher Beiladung. Gemäß § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG liegt ein Fall einer notwendigen Beiladung entsprechend den zu § 54 Abs. 2 Nr. 3 GWB entwickelten Grundsätzen dann vor, wenn die Voraussetzungen des § 13 Abs. 2 S. 2 VwVfG erfüllt sind (OLG Düsseldorf, Beschluss vom 06.07.2006, Az. VI-3 Kart 144-149/06 (V), S. 7 des amtl. Umdrucks). Dazu müsste die in Betracht kommende Entscheidung rechtsgestaltend in die Rechte des Beiladungspetenten eingreifen. Eine solche rechtsgestaltende Wirkung besteht dann, wenn die verfahrensabschließende Entscheidung unmittelbar Rechte des Beiladungspetenten begründet, ändert oder aufhebt (§ 13 Abs. 2 S. 2 VwVfG; OLG Düsseldorf, Beschluss vom 06.07.2006, Az. VI-3 Kart 144-149/06 (V)).

(b) Diese Voraussetzungen liegen im Falle der Beiladungspetentin nicht vor.

Mit einer Freistellungsentscheidung gegenüber der Antragstellerin wird nicht unmittelbar in die Rechte der Beiladungspetentin eingegriffen. Adressatin der Entscheidung ist die Antragstellerin. Darüber hinaus sind auch keine subjektiven Rechte ersichtlich, auf die durch die Freistellungsentscheidung rechtsgestaltend eingewirkt werden könnte. Entsprechend geht die Beiladungspetentin in ihrem Antrag auch selbst nur vom Vorliegen des Falles einer einfachen Beiladungsmöglichkeit gemäß § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG aus.

(2) Die Beiladungspetentin konnte hier durch einfache Beiladung zu dem Verfahren hinzugezogen werden. Die tatbestandlichen Voraussetzungen liegen vor und es sprechen keine verfahrensökonomischen Gründe gegen eine Hinzuziehung.

(a) Die Beiladungspetentin ist erheblich in ihren Interessen berührt.

(aa) Gemäß § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG können Dritte als einfache Beigeladene zu einem Verfahren hinzugezogen werden, sofern ein in Betracht kommender Verfahrensausgang zumindest mittelbare Auswirkungen auf sie haben kann (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 07.04.2006, Az.: VI-3 Kart 161/06 (V)). Dies setzt die Möglichkeit einer erheblichen Interessensberührung voraus. Der Begriff des Interesses ist weit auszulegen und erfasst daher nicht nur ein rechtliches, sondern auch ein wirtschaftliches Interesse am Verfahrensausgang (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 23.09.2009 - VI-3 Kart 25/08 (V)). Erheblichkeit ist anzunehmen, wenn die Interessen nicht nur entfernt oder geringfügig berührt werden. Es ist auf die spezifischen Zielsetzungen des Energiewirtschaftsgesetzes abzustellen, das heißt insbesondere auf die in § 1 EnWG genannte preisgünstige und effiziente leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Gas.

(bb) Gemessen hieran ist die Beiladungspetentin erheblich in ihren Interessen berührt. Da sie als potentielle Terminalkundin auf Zugangsregelungen angewiesen ist, die ihr eine Aufnahme der von LNG-Exportterminals gelieferten Mengen und eine Erfüllung ihrer Gaslieferverpflichtungen gegenüber ihren Kunden ermöglichen, besteht ein wirtschaftliches Interesse an den Bedingungen, unter denen das LNG Terminal Brunsbüttel durch die Beiladungspetentin genutzt werden kann.

(b) Im Rahmen des Ermessens sprachen keine verfahrensökonomischen Erwägungen gegen die einfache Beiladung.

(aa) Gemäß § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG i.V.m. § 13 Abs. 2 S. 1 VwVfG steht die einfache Beiladung im Ermessen der Regulierungsbehörde. Von diesem Ermessen hat sie pflichtgemäß Gebrauch zu machen. Zweck der Beiladung ist zunächst die Sachverhaltsaufklärung und Aufbereitung des Streitstoffes, darüber hinaus der Schutz von Rechten und Interessen (vgl. BGH, Beschl. v. 07.11.2006 – KVR 37/05; *Turiaux*, in: Kment, EnWG § 66 Rn. 12 und 17). Bei der Entscheidung sind demnach die Interessen der Behörde an einem geordneten und zügigen Verfahren und an umfassender Sachverhaltsaufklärung zu berücksichtigen, darüber hinaus auch jene des Beiladungspetenten sowie die anderer Verfahrensbeteiligter. Relevant ist jeweils auch das Maß der Betroffenheit.

(bb) Nach Abwägung dieser Aspekte konnte dem Antrag entsprochen werden.

Die Realisierung des LNG Terminals Brunsbüttel und die dort geltenden Zugangsregularien sind von erheblicher Bedeutung für die zukünftigen Terminalnutzer und deren wirtschaftliche Interessen. Für die Ermessensentscheidung ist auch zu berücksichtigen, inwieweit die Beiladungspeten-

tin einen verfahrensförderlichen Beitrag leisten will und kann, etwa in Anbetracht des fortgeschrittenen Verfahrensstands. Die Beschlusskammer geht davon aus, dass die Beiladungspetentin als gewichtiger Marktteilnehmer hierzu willens und in der Lage ist. Die Beschlusskammer hat daher das ihr zustehende Ermessen dahingehend ausgeübt, die Beiladungspetentin zu dem Verfahren hinzuzuziehen.

### **Rechtsmittelbelehrung**

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Barbie Kornelia Haller  
Vorsitzende

Dr. Antje Peters  
Beisitzerin

Dr. Werner Schaller  
Beisitzer